

Erscheint in Leipzig
 Mittwochs, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
 Für ganz Deutschland 1 Mk. 50 Pf. pro Quartal.
Monats-Abonnement
 werden bei allen deutschen Verlagsstellen auf den 2. und 4. Monat, und auf den 2. Monat besonders angenommen; im Monat März, April und Mai, auch auf den 1. Monat des Quartals à 54 Pf.
Inserte
 best. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.
 best. Privatangelegenheiten und sehr prä. Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
 nehmen an alle Verlagsstellen und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.
Büro-Expeditionen.
 Rem-Post: 201 - hennrich. Buchhandlung
 134 Eldridge Str.
 Philadelphia: F. Sch. 400 North 2nd Street.
 J. Sch. 1123 Charlotte Str.
 Boston N. J.: J. H. Sorge, 215 Washington Str.
 Chicago: A. K. K. 74 Citybourne Ave.
 San Francisco: F. Sch. 428 O'Farrell Str.
 London W.: G. Dreyer, 6 New St. Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 19.

Freitag, 15. Februar.

1878.

Brutalität bei den sogenannten gebildeten Leuten.

Aus Pöhned vom 17. Januar erhalten wir eine Zuschrift, deren wesentlichen Inhalt wir an hervorragender Stelle wiedergeben:

Werther Parteigenosse!
 Ich sende Ihnen anbei einige gedruckte Correspondenzen, welche f. B. erst in dem in Meiningen erschienenen „Thür. Volksblatt“ und dann im „Nittb. Volksblatt“ gestanden haben. Ich bin überzeugt, daß dieselben Sie interessieren werden. Wie Sie daraus ersahen werden, kann diese auf so frevelhafte Weise ruinierte Familie bis jetzt nirgends Recht finden; obgleich nicht das Geringste in den Artikeln enthalten, gegen die Wahrheit verstoßt. Man sollte meinen, daß so etwas in unserem constitutionellen Kulturstaate gar nicht möglich sei, und doch ist es Thatsache. Die Frau steht jetzt mit ihren zwei unmündigen Kindern von je 11 und 4 Jahren verlassen da. Man drängt sie noch obendrein zur Bezahlung der Doktor-Rechnung von 30 Thalern, Apotheke 15 Thaler, Begräbnis 12 Thaler etc., sie läuft deshalb Gefahr, ihr kleines Häuschen, ihr Alles, was sie noch hat, zu verlieren; ihre einzige Kuh, ihre wenigen Grundstücke hat sie schon verlaufen und außerdem auch schon Schulden auf ihr Häuschen machen müssen. Die Frau bat mich deshalb, mich jetzt noch einmal für sie zu verwenden. — Die Artikel sind von mir verfaßt und hatte ich der Frau von Anfang die besten Rathschläge gegeben, welche sie jedoch nicht befolgte, bis es nun endlich so weit ist, daß ihre regelhaften Gegner jubeln. Sie bat mich, ihr die ganze Angelegenheit in einem Schreiben an den Großherzog zu schildern, welches sie in einer Audienz persönlich abgeben wolle. Obgleich ich nun, abgesehen, daß ich von jeder gegen ein derartiges Vorgehen einen Widerwillen habe, mir in diesem Falle hier von gar nichts verspreche, so habe ich doch den Wunsch der Frau erfüllt. Jetzt möchte ich jedoch diesen Fall noch an die Ober-Staatsanwaltschaft nach Eisenach berichten, um zu sehen, ob es hier denn gar keine Gerechtigkeit mehr giebt. Und erlaube ich mir deshalb, Sie um Ihre Meinung resp. um Ihren Rath zu bitten. Ich denke, daß dieser Fall werth ist, der größten Öffentlichkeit übergeben zu werden, deshalb können Sie ja vielleicht auch das Material zu einem Artikel im „Vorwärts“ verwenden. Mit Achtung
 R. H.

Zunächst glauben wir, den Wunsch des Pöhneder Parteigenossen nicht besser erfüllen zu können, als daß wir den Brief desselben zum Abdruck bringen und dann den Thatbestand nach den uns vorliegenden Artikeln berichten:

Am 27. April 1877 trieben in dem Gasthause des eine Viertelstunde von Pöhned gelegenen Ortes Kästz der Gastwirth Heydenreich und der Sohn des Brauereibesizers Köhler mit noch sechs anderen Gästen, sämmtlich den sogenannten besseren Ständen angehörig, ihren Uebermuth so weit, daß sie den mit anwesenden Gemeinbediener Ludwig, einen bejahrten Mann und Familienvater, erst mit Branntwein betranken machten, dann mit Petroleum begossen und dieses sodann in Brand setzten. Unter den gräßlichsten Schmerzensschreien und Gebeten und unter dem Gelächter dieser „Gebildeten“ verbrannten ihm die Haut und Haare von Kopf und Nacken, sowie auch die Hände. Der so Zugerichtete wurde nun in eine Radwelle geworfen, wobei ihm der Wirth H., welcher zuvor schon das Brennmaterial geliefert, noch einen Fußtritt in die Hüften versetzte, und nach Hause geschickt. Fast der ganze Körper trug Spuren dieser Mißhandlung. Eine Entzündung folgte nun der andern und eine Wunde brach nach der andern auf, bis endlich der Tod den Armen nach 9 Wochen, am 29. Juni, von seinen schweren Leiden erlöste. Die hierauf vorgenommene Section constatirte eine Blutvergiftung; das Blut war zu Eiter übergegangen, welcher aus vielen Wunden stark ausströmte. Jene gebildeten Fellen hatten noch die Frechheit, während dieser Zeit die Frau ihres Opfers durch alle möglichen Vorstellungen und durch die gemeinsten Drohungen einzuschüchtern, damit sie keine Anzeige mache, und brachten es endlich auch so weit, daß dieselbe, von Noth gezwungen, die ihr angebotenen 25 Thaler annahm und einen ihr unterbreiteten Reders unterschrieb. Was derselbe jedoch alles enthalten hat, vermag die Frau heute nicht mehr anzugeben; kurz, dieselbe war nun mit ihren zwei unmündigen Kindern mit 25 Thalern und Tragung der Kurkosten abgefertigt und gänzlich auf sich selbst angewiesen.

Außerdem ist noch constatirt worden, daß man dem Gemeinbediener Nadelmännchen in den Schnaps geworfen hat, wodurch die Blutvergiftung befördert wurde, so daß die Mißhandlung in ihrer Gesamtheit jedenfalls den Tod des armen Mannes zur Folge hatte.

Dies der Thatbestand, soweit er aus den uns übersandten Notizen hervorgeht.

Weiter wird dann noch gemeldet, daß die Staatsanwaltschaft zu Weida in Folge des energischen Vorgehens einzelner sozialistischer Lokalblätter gegen die Uebelthäter vorgegangen, daß auch in zwei Terminen die angezeigten Thatsachen gerichtlich festgestellt worden, aber daß dennoch vom Untersuchungsrichter vor Kurzem der Frau des Verstorbenen der Bescheid zugegangen, daß die Staatsanwaltschaft die Sache nicht weiter verfolgen und somit die Untersuchung niedergeschlagen sei.

Eines Commentars wollen wir uns vorläufig enthalten“, sagt zu alledem das „Nittb. Volksblatt“ — wir aber wollen den Commentar geben.

Zunächst vertheilen wir gar nicht, daß der Herr Untersuchungsrichter an die Frau des Verstorbenen ein Schreiben gerichtet hat mit der Mittheilung, die Untersuchung sei niedergeschlagen. Wir haben es nämlich gar nicht mit einem Antragsvergehen hier zu

thun, und die Frau mochte einen Reders unterschreiben, wie sie wollte, die Staatsanwaltschaft hatte trotzdem ihre Pflicht zu thun.

Die §§ 226. und 227 sind bei diesem Falle die einschlägigen und diese lauten:

§ 226. Ist durch die Körperverletzung der Tod des Verletzten verursacht worden, so ist auf Zuchthaus nicht unter drei Jahren oder Gefängniß nicht unter drei Jahren zu erkennen.

§ 227. Ist durch eine Schlägerei oder durch einen von mehreren gemachten Angriff der Tod eines Menschen oder eine schwere Körperverletzung verursacht worden, so ist Jeder, welcher sich an der Schlägerei oder dem Angriffe betheiligt hat, schon wegen dieser Betheiligung mit Gefängniß bis zu drei Jahren zu bestrafen, falls er nicht ohne sein Verschulden hineingezogen worden ist.

Ist eine der vorbezeichneten Folgen mehreren Verletzungen zuzuschreiben welche dieselbe nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammenwirken verursacht haben, so ist jeder, welchem eine dieser Verletzungen zur Last fällt, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

Der Paragraph 232 aber lautet folgendermaßen:

§ 232. Die Verfolgung leichter vorfälliger, sowie aller durch Fahrlässigkeit verursachter Körperverletzungen (§§ 223, 230) tritt nur auf Antrag ein, insofern nicht die Körperverletzung mit Uebertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen worden ist.

Also die Verfolgung auf Antrag tritt nur ein bei leichten vorfälligen, sowie bei allen durch Fahrlässigkeit verursachten Körperverletzungen. Eine leichte Körperverletzung veranlaßt den Tod nicht, sie kommt deshalb hier nicht in Betracht und wer es als eine Fahrlässigkeit erklärt, wenn einige brutale Menschen einen alten Mann mit Petroleum anstreichern und anzünden, welche die Körperverletzung herbeiführt, der mißversteht vollständig den Sinn des Strafgesetzes.

Aus vorstehenden Gründen glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Oberstaatsanwaltschaft zu Eisenach, wenn derselben der Fall vorgebracht wird, nochmals die Untersuchung anordnet und diesen „gebildeten Pöbel“, der sich gewiß aus Sozialistenfressern zusammensetzt und dem Abgeordneten Paster bei der vorigen Reichstagswahl seine Stimmen zugewandt hat, der ordnungsgemäßen und strengen Strafe überliefern.

Wir werden den Erfolg der Aufforderung, die unser Parteigenosse R. H. in Pöhned an die Oberstaatsanwaltschaft zu Eisenach ergehen läßt, zu welcher wir diese öffentliche Aufforderung zugesellen, abwarten und unsern Commentar dann vervollständigen.

Der französische Arbeitercongreß in Lyon.

(Fortsetzung.)

In der Abend Sitzung des 2. und der Morgensitzung des 3. Februar stand die Frage der Volkserziehung, der professionellen (beruflichen) und intellektuellen (geistigen) Ausbildung der Arbeiter und des Unterrichts der Lehrlinge auf der Tagesordnung.

Die Feinde des Congresses hatten spöttisch gelächelt, als sie das Programm zu Gesicht bekamen, in welchem neben anderen Fragen auch diejenige über die Volkserziehung und das Unterrichtsweisen figurirt. Nun, hätten sie dieser Sitzung beizuwohnen können, ihr Spott hätte sich gewiß in Aerger verwandelt. Die Redner waren zwar „blos“ Delegirte der Arbeiterklasse, sie haben aber die höchwichtige Frage mit einem Ernst und einer Gründlichkeit behandelt, die man in unseren heutigen gesetzgebenden Körpern vergebens suchen würde.

Herr Desmoulin, der mit schneidender Beredsamkeit auf die großen Gebrechen unseres Unterrichtswezens, von den tenbenziösen Schulbüchern an bis zu den Schulbrüdern und Schulschwefelherab, hinwies und Reformen in Vorschlag brachte, unter denen der freie, unentgeltliche und obligatorische Unterricht den ersten und die Abschaffung aller unter der geistlichen Obhut bestehenden Lehranstalten den zweiten Platz einnimmt, war, als ein im Lehrfach ergrauter, mit dem Unterrichtswezen seit langer Zeit beschäftigter Mann, gewiß berechtigt, das Wort zu ergreifen und in einem fesselnden, klar gesprochenen, wohlüberdachten Vortrage die Zuhörer für sein System zu gewinnen. Auch eine Rednerin ließ sich vernehmen, eine Pariser Erziehlerin, delegirt von der Damen-Syndikatskammer unserer Hauptstadt. Auch sie zeigte uns das Anormale in der Erziehung der Arbeitertöchter, die in Frankreich fast durchgehends in Frauenklöstern ertheilt wird, und die zur Folge hat, daß die Mädchen, statt zu Hausfrauen, zu Betchwesern herangebildet werden. Auch sie stand für die Aufhebung aller geistlichen Erziehungsinstitute ein und der Schluß ihrer Rede, wo sie sagte, daß „der Groschen des Armen nicht zum Pterospennig werden solle“, fand in der ganzen Versammlung ein stürmisches, lang anhaltendes Echo. — Schließlich wurde mitgetheilt, daß in Paris während der Weltausstellung dieses Jahres ein internationaler Lehrercongreß tagen wird, an welchem die Lehrer aller Nationen über durchgreifende Reformen im Unterrichtswezen berathen und beschließen sollen.

Die Abend Sitzung des 3. Februar war die erste, in welcher die Politik in den Vordergrund trat. Auf der Tagesordnung stand: „Direkte Vertretung des Proletariats im Parlamente.“ Die Debatten waren äußerst belebt und dauerten bis tief in die Nacht.

Das „allgemeine Stimmrecht“ hat den Arbeiter Frankreichs politisch emanzipirt. Er ist wahlberechtigt und wahlfähig zugleich. Wie geschieht es nun, daß er bis jetzt von diesem Rechte so spärlichen Gebrauch gemacht und daß die Arbeiterklasse, im engeren Sinne des Wortes, nicht durch einen Deputirten in der Nationalversammlung und, wenn man den Berräther Tolain mit Zug und Recht nicht als Arbeitervertreter zählt, nicht durch einen im Senate vertreten ist? Der Arbeiter Fr. Frankreichs ist erst republikanisch und dann sozialistisch; er wollte sich vorerst ein Haus bauen und dann erst dachte er an dessen innere Einrichtung. Als Monsieur Thiers in seinem sogenannten Testamente die Worte niederschrieb: „Es giebt keine Sozialisten in Frankreich“, hatte er in dem Augenblicke, als er sie niederschrieb, scheinbar nicht so ganz Unrecht. In dem Kampfe gegen die national-republicaine Coalition des 16. Mai dachte die Klasse der Arbeiter nur daran, der Republik den Sieg zuzusichern; sie focht in dem Lager mit, welches für die Republik einstand, und fragte nach den sozialen Ansichten der Kampfesbrüder nicht. Wo die gemäßigten Republikaner, die „republicains conservateurs“ (eigentlich: die conservativen Republikaner), wie man sie damals nannte, die meiste Aussicht auf Erfolg hatten, dort war auch meist der Arbeiter dabei, obzwar er sich sehr gut bewußt war, daß er in Kurzem gegen diese Hermaproditen des Fortschritts würde ankämpfen müssen.

Heute, wo die Republik ihrer direkten, erklärten Gegner entledigt ist, fängt der Arbeiter an, auch an die indirekten und an seine sozialen Gegner zu denken.

Nicht um das allgemeine Stimmrecht anzugreifen oder zu reformiren, sondern um dasselbe auch in Anwendung zu bringen, hat der Congreß in sein Programm auch die Frage über „direkte Vertretung des Proletariats im Parlamente“ aufgenommen. Von vielen freimüthigen, selbst radikalen Vätern Frankreichs wurde die Aufstellung dieser Frage im Lyoner Arbeitercongreß einer mehr oder minder scharfen Kritik unterzogen. Sie sagten dem Proletariat: „Du hast ja das Recht zu wählen und gewählt zu werden; mein Liebchen, was willst du noch mehr?“ Die Coagreg-Delegirten, welche in der Abend Sitzung des 3. Febr. an das Wort führten, erwiderten darauf im Wesentlichen Folgendes:

Die Revolution vom Jahre 1789 hat den Adel und den Klerus für immer unschädlich gemacht; mit diesen zwei „Lobdi-“ befassen wir uns also nicht. Derselbe Revolution hat jedoch auch die „Gleichheit“ proklamirt, und trotzdem befinden sich noch immer zwei besondere Klassen: die eine, ein Schooßkind und in Allem bevorzugt, die „Bourgeoise“; die andere, das Aschenbrödel der Gesellschaft, das Proletariat.

Man hat uns die politische Gleichheit gewährt, richtiger gesagt, wir haben sie uns erkämpft; wir wollen jedoch auch die ökonomische Gleichheit haben, und diese wollen wir uns eringen, auf daß es fürderhin nur eine Klasse gebe (oder richtiger keine Klasse, denn wenn es keine herrschende und beherrschte Klasse mehr giebt, giebt es überhaupt keine Klasse mehr, die das Wesen der Klasse, den Massengegenjah, bedingt. Wir, die Produzenten allein, sind heute fähig, die Nachlassenschaft der großen Revolution zu übernehmen, denn die Bourgeoise hat weder die Kraft noch den Willen dazu, das revolutionäre Werk im sozialistischen Sinne fortzuführen.

Wir wollen daher in's Parlament von nun an nur Männer aus unserer Mitte wählen, die unsere Bedürfnisse kennen und verstehen werden. Diese werden ein Arbeitergesetz, den Code du travail (das Gesetzbuch der Arbeit), den wir seit beinahe 30 Jahren erwarten, zusammenstellen und votiren. Wir und sechszehn Millionen Arbeiter in Frankreich und unsere Interessen sind im Parlament direkt nicht vertreten; was Wunder also, daß man sie so oft verkennt? ...

Wir wollen keine Advokaten mehr, die uns vor der Wahl goldene Berge versprechen, und nach der Wahl gar nichts thun, weil ihnen auch beim besten Willen das Verständniß der Arbeiterinteressen fehlt.

Die Mittel, um Vertreter aus unserer Mitte in's Parlament zu bringen, werden wir nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern auf dem friedlichen, geistlichen Wege des anfrago universel (allgemeinen Stimmrechts) suchen und finden. Wir werden kräftig, durch Forderung der vollkommenen Freiz und Versammlungsfreiheit, durch Gründung von Arbeitskammern, durch Aufstellung von Arbeiterkandidaten überall, wo es möglich ist, unser Ziel zu erlangen. Wir werden Arbeiterjournale gründen und in denselben die soziale Idee zu verbreiten bestrebt sein.

Dies war mehr oder weniger, wenn nicht der vollständige Inhalt, so doch im Wesentlichen kurz der Sinn der zwölf Vorträge, welche in dieser Congreßsitzung gehalten wurden und sechs volle Stunden, nämlich von 8 Uhr Abends bis 2 Uhr Morgens, in Anspruch nahmen.

Der Saal war so besetzt, daß man sich in den Zuhörerräumen kaum rühren konnte; die meisten Reden wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen, und man trennte sich unter dem Rufe: „Vive la République démocratique et sociale!“ (Es lebe die sozialdemokratische Republik!)

Montag den 4. Februar beschäftigte sich der Congreß mit den Unterstufungsklassen für Greise und Invaliden der Arbeiterklasse.

„Unterstufungsklassen“ ist hier eigentlich nicht die recht gewählte Benennung, denn alle Anträge der Redner gingen dahin aus, die Gründung eines selbstständigen Arbeiter-Invalidentfonds zu erstreben, der dem zur Arbeit untauglich Gewordenen das als wohlverdiente und ihm geschuldete Pension verabreicht, was man ihm bis zum heutigen Tage in largerem Maße, als Almosen zukommen läßt.

Alle gegenwärtig bestehenden sogenannten Wohlthätigkeits-Anstalten, Armenasyle, Spitäler und Versorgungshäuser sind

eigentlich ein Hohn der schönen Namen, die sie tragen. Die Polizei und das Pfaffenamt beutet die öffentliche Wildthätigkeit und die vom Staate votirten Fonds zu ihren eigennützigen, demoralisirenden Zwecken aus. Wer nicht Verräther an seinen Brüdern, Spion, Betrüder oder Betrüger werden will, ist von dem Genusse dieser Anstalten ausgeschlossen. Ein Arbeiter, der selbst als hinfälliger Greis, seiner Würde als Mensch nicht entgehen mag, zieht oft den Hungertod dem Eintritt in ein solches Haus vor, wo man ihn bei jedem Bissen Brod zur Heuchelei und Verleugnung seiner Grundzüge zwingt.

Zu einer Abstimmung kam es in dieser Sitzung nicht; sie wurde auf die Schlusssitzung vertagt.

In der Dienstsitzung (5. Februar) stand die Frage über „Landarbeit“ und das „Verhältnis des Landarbeiters zum Stadtarbeiter“ auf der Tagesordnung. Eine wichtige soziale Frage überall, namentlich aber in Frankreich, wo der Antagonismus des „laboureur“ (Landarbeiters) vom flachen Lande zu dem „ouvrier“ (Industriearbeiter) der Städte so manches Bestreben nach radikalen Reformen zu nichte macht. Leider war auch im Congresse die wahre Landarbeiterklasse kaum durch einen einzigen Delegirten vertreten und die Verhandlungen hatten daher nur einen einseitigen Charakter.

Diese Sitzung wurde vom Delegirten Chabert zur Entwicklung eines Programms französischer Kollektivistin benutzt, ein Programm, das er im Namen der „Union de travailleurs de Paris“ (Arbeiterbund von Paris), die ihn nach Lyon entsendet, vortrug.

Dieses Programm stieß jedoch in der Mehrheit der Congreßmitglieder auf einen heftigen Widerspruch: die Theorie des „Kollektivismus“ wurde von mehreren Rednern noch an demselben Abend stark bekämpft und man schied mit der Befürchtung, daß der Congreß, welcher bis jetzt einhellig gewirkt, einer Spaltung entgegengehe, die mehr oder minder nachtheilig auf seine Endbeschlüsse einwirken dürfte.

Wirklich nahm die am Dienstag begonnene „Reibung“ in der nächsten Mittwochsitzung einen akuter Charakter an. Der Delegirte Besset aus Besangon fand sich im Namen der Mehrheit des Arbeitercongresses, die aus „Individualisten“ (Selbsthülfern?) bestehen soll, bewogen, gegen die Tags vorher zum Vortrage gekommenen Theorien Chabert's energisch zu protestiren. Seinem Dafürhalten nach ist der Zweck des Arbeitercongresses, nach Mitteln zu suchen zur Verbesserung des Arbeiterlooses, nicht aber durch sogenannte kollektivistische Ideen die gewaltsame Umwälzung der Gesellschaft anzustreben.

Auch die Organisations-Kommission schließt sich der Ausführung des Vordrängers an und hebt hervor, daß, nachdem das Programm der Verathlungen von vornherein dem Ministerium zur Einsicht vorgelegt und auf Grund dessen die behördliche Autorisation eingeholt worden, der Arbeitercongreß, schon in seinem eigenen Interesse, sich aus dem Rahmen seines Programms nicht entfernen dürfe. (Eist wenn uns das kollektivistische Programm und ein näherer Bericht vorliegt, werden wir zu einem Urtheil über diese Vorgänge befähigt sein. R. d. „B.“)

Hierauf schritt man zur Tagesordnung und es wurde über „Wagabundenwesen und die Moralität in den großen Industriezentren“ gesprochen. Man kann sich nicht verhehlen, ein trauriges, graufiges Bild der Verkommenheit und des Elends wurde uns da von den meisten Rednern entrollt. Und man braucht leider nicht weit zu gehen, um sich zu überzeugen, daß das Gemälde noch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt.

(Schluß folgt.)

Aus Berlin.

— 10. Februar.

Er kommt — Er kommt nicht — so wechselt der Ruf fortwährend in der Presse. — Zuletzt hieß es, daß Bismarck am heutigen Tage hier eintreffen würde, doch jetzt schon hört man wieder, daß die Hoffnung der Bismarckfreunde zu Schanden geworden ist, da Niemand weiß, wann Seine Durchlaucht gerufen

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Borodits“ [Wpored] Bd. V. London.)

I.

Vor 23 Jahren stellte Rußland wie nach Innen so nach Außen ein sehr trauriges Bild vor. An seinen Grenzen floß stromweise das Blut der Söhne des Volkes, welche von einer despotischen Regierung zur Schlachtbank geführt wurden. Im Innern des Landes herrschte vollkommene Willkür, in der Sprache der Offiziere, „Ordnung“ genannt. Raub und Plünderung durch die Gutsbesitzer, Staatsdiebereien und Beamtenbesetzung waren an der Tagesordnung. Das Volk seufzte schwer unter dem Joche der Hörigkeit und unter den unerträglichen gesetzlichen und ungesetzlichen Abgaben, dazu kam noch die schwere Blutsteuer der Rekrutierung. Stillschweigend ertrug das Volk den Druck, und durch die dicken Wände des czarischen Palastes, dessen Bewohner grade damals mit dem Tode kämpfte, drang niemals die Kunde von des Volkes Noth und Leiden. Aber dem Leben des Czaren, welcher 30 Jahre hindurch das russische Volk gemartert hatte, machte die kunstherrliche Hand eines hervortretenden ein rasches Ende. Der Tod dieses finsternen Despoten war damals die einzige Lichtseite in der traurigen Geschichte Rußlands, und alle Freunde des Volkes athmeten hoffnungsvoll auf.

Aber wie haben sich diese Hoffnungen erfüllt? 23 Jahre sind seit dem Tode des vermeintlichen Erhebers alles Volksunglücks verfloßen und auf dem Throne Rußlands sitzt seitdem ein „liberaler“ Kaiser — aber vor unseren Augen entrollt sich dasselbe Bild, welches wir während der Regierungsperiode des „unvergesslichen“ Nicolais erblickten. Die Formen der Unterdrückung sind zwar nicht mehr dieselben, aber der Inhalt ist geblieben. Das Uebel hat einen neuen Anstrich bekommen. Die alten Gutsbesitzer-Sklavenhalter haben sich in zeitgemäße Gutsbesitzer-Bücherer (Kulaki) verwandelt, welche ihre alten „Heldenthaten“ nicht durch unmensliche Behandlung, sondern durch neue, unfern Vorsahren und kannten Mittel, durch das Ausschlagen der freien Unglücklichen begehen. Die Behörden auf dem Lande fahren fort, in neuer Form die Landbesodnung durch die alte Willkür zu quälen. Das schändlichste Nicolais'sche Institut, die III. Abtheilung (die geheime Polizei), durchweht von dem neuen zeitgenössischen Geiste, hat sogar die Krone und Kutze abgeschafft — dafür markirt es seine Opfer aber noch grausamer in den Kertern, wahren Pesthäusern ähnlich, und hält in unfähigem Schrecken das ungeheure Reich. Die Armut des Volkes hat große Dimensionen angenommen, und die Möglichkeit der Ritter, „ohne Bewußtsein und Ehre“ sich auf fremde Kosten zu bereichern, ist leichter und bequemer geworden.

wird, die Sehnsucht seiner Getreuen zu stillen. — Einige national-liberale Blätter saugen übrigens schon an, dem sämigen Liebhaber energisch zu Leibe zu gehen. So verleiht sich die sonst so zahme „Kölnische Zeitung“ zu folgender Anklage: „Die Unbestimmtheit und die Verwirrung in der Reichsverwaltung ist so groß, daß das Verlangen nach Abhilfe immer dringender wird.“ — Also „Verwirrung in der Reichsverwaltung“ — und da soll Bismarck helfen, derselbe Mann, der diese Verwirrung hat einreichen lassen! Das ist sehr naiv.

Die „reichsfreundlichen“ Parteien des Reichstags haben sich nunmehr geeinigt, eine Interpellation zu stellen, welche die freundliche Bitte an den Reichskanzler richtet, Auskunft über das Verhalten der Reichsregierung in der orientalischen Frage zu geben. — Als die Herren nämlich merkten, daß, durch das Vorgehen der Sozialdemokraten gebrängt, auch die Liberalen die Regierung interpelliren würden, da nahmen sie sich des bedrängten Reichskanzlers an, indem sie selbst eine Interpellation beschloßen, um so der Schärfe derselben die Spitze abzubrechen. Daß bei der Debatte über die Interpellation ein Sozialist zu Wort kommt, daran ist wohl kaum zu denken. Verhindert durch die Interpellation werden aber die Sozialdemokraten auch noch, bei Gelegenheit der Budgetberathung eingehend die orientalische Frage zu beleuchten. — Man sieht es also deutlich, daß die Majorität des Reichstags auch in dieser Session dem Volke gegenüber mit einem Comödienthüßel anfängt. Interessant ist es, daß bei dieser Gelegenheit die hiesige „Volkszeitung“ jammert, daß die National-liberalen in der Orientfrage nur deshalb vorangegangen seien, weil sie von der Fortschrittspartei gebrängt worden wären. Als ob die Herren Fortschrittler nicht lediglich durch die Agitation der Sozialdemokraten in dieser Frage zum Vorgehen bestimmt worden wären!

Auch das Vorgehen der Sozialdemokraten in Bezug auf die Abänderung des Haftpflichtgesetzes hat die edlen Fortschreiter nicht schlafen lassen. Den sozialen Quacksalber, Max Hirsch, an der Spitze schleichen sie jetzt auch heran und bereiten nach dem Beispiel der sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag vor, der übrigens, wie verlautet, aus der bekannten Halbheit der Fortschrittler entsprungen und nur die bestehende Haftpflicht auf die Baugewerke ausdehnen will. Was dadurch erreicht wird! Ohne Abänderung des mangelhaften Gesetzes selbst ist eine Ausdehnung desselben von gar keinem Nutzen.

Das preussische Abgeordnetenhaus wird noch einige Tage hier neben dem Reichstage verammelt bleiben; die Regierung will erst die Ausführungsgehe zu den Justizgehe durchberathen lassen. Bei Berathung des Gesetzes, welches die Sitz der Landes- und Oberlandesgerichte bestimmt, ist es zwischen den Liberalen und Fortschrittler zu einem bedenklichen Krach gekommen, weil sich die Fortschrittspartei perfide, wie immer, gezeigt hat. Dieselbe war nämlich für Viefesfeld engagirt und es stimmte das Centrum auch für diesen Ort, nachdem die Fortschrittspartei letzteres in dem Glauben erhalten hatte, ihrerseits für das von dem Centrum protegirte Fulda stimmen zu wollen. Als Viefesfeld über Minden gesiegt hatte und zwar mit Hilfe des Centrums, stimmten die Fortschrittler anstatt für Fulda für Hanau, welches die Regierung protegirte. Darauf ging Windthorst zu den Fortschrittler und erklärte in drastischen Ausdrücken, das Centrum werde niemals mehr mit der Fortschrittspartei ein Bündniß eingehen. Das Schwänzen des Nationalliberalismus wollte zuerst etwas Opposition machen und für das „Schwarze“ Fulda stimmen, da winkte die Regierung mit dem Finger, der Nationalliberalismus lasste sich und das Schwänzen mußte sich mit tauschen — und über diesen einfachen Vorgang wird der grimme Windthorst so erboht. — Im Uebrigen sieht man aus dem Vorkommniß, wie tief die Fortschrittspartei, die einst so stolze, gesunken ist, die in der Kunst des Wortbrauchs weitersert mit dem Czaren und seinen Consorten.

Im Abgeordnetenhaus hat bei der Berathung über die Amtstracht der Richter der rheinische Karneval gesiegt; die Robe ist für Frauen angenommen. Der liberale Abgeordnete Reichenperger hatte den traurigen Rath zu behaupten, daß die „Robe“ dem Berliner „Pöbel“ mehr imponiren würde als die

Und endlich, um das Bild zu vollenden, der jegige unnütze Krieg, angefaßt von Deuten, die sich Freunde des Volkes nennen und deren Herz, wie sie vorgehen, nur für das Volk schlägt. In diesen 23 Jahren der sogenannten Reformen haben diese Leute nicht das Geringste gethan, um die Leiden des Volkes zu erleichtern; umgekehrt, sie haben von allen Seiten die neuen Plagen des 19. Jahrhunderts: ein obdachloses Proletariat, moderne Grubereien u. s. w. geschaffen, und trotzdem haben sie noch die Frechheit, einen Krieg zu erklären und sich läßt ein fremdes Volk zu stürzen, um dort die „humanitären Prinzipien“ durch Feuer und Schwert zu verbreiten.

Sehen wir uns nun die Ergebnisse der 23-jährigen Reformen an dem Gebiete des ökonomischen Lebens unseres Volkes näher an. Die Hauptreformen, welche die russische Gesellschaft in den letzten Jahren erfahren hat, sind hauptsächlich auf dem Gebiete der ökonomischen Rechtsverhältnisse zu suchen. Es ist notwendig, die reellen Resultate dieser Reformen näher zu betrachten und, wenn ihr blendendes Keuzer nicht dem Inhalte entsprechen sollte, so werden wir uns bestrengen, die volle Wahrheit zu enthüllen.

Vor allem müssen wir den unmittelbaren Einfluß des Regierungsmechanismus auf das ökonomische Leben kennen, denn dieser Mechanismus erscheint uns als der direkte und größte Ausbeuter des Volkes, und zwar auf dem Gebiete der Finanzen; dann gilt es aber auch, die Verhältnisse der verschiedenen Klassen zu einander kennen zu lernen.

Ehe wir zur eigentlichen Arbeit übergehen, müssen wir bekennen, daß unsere Artikel an vielen Mängeln leiden, die theils in der Eilefertigkeit einer jeden publizistischen Arbeit, theils aber auch in dem Mangel jedes statistischen Materials begründet sind. Dennoch werden unsere werthen Leser mancherlei werthvolle Aufschlüsse über die Lage des russischen Volkes durch die nachfolgenden Artikel erhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Zwei Berliner Versammlungen.

Berlin, 6. Februar.

Bekanntlich hatte sich am 20. Januar in einer von Genossen Greifenberg einberufenen Versammlung, in welcher Herr Koff über den Austritt aus der Landeskirche referirte, — ein „christlich-soziales“ Pfaffen erboten, in einer unserer nächsten Versammlungen die Ausführungen Koff's zu widerlegen. Herr Koff war dieses Anerbietens selbstverständlich willkommen und er acceptirte dasselbe bereitwillig.

Acht Tage später — am 5. Februar — wurde nun von unserer Seite wieder eine Versammlung einberufen. Auf der Tagesordnung stand: 1) Entgegnung des Missions-Direktors

Civiltracht. Bei den „Frommen“ des Herrn Reichsperger, die übrigens mehr die Gefängnisse füllen, als der Berliner „Pöbel“, mag das zutreffen, da denselben ja bekanntlich auch ein Mann in der Mitte mehr imponirt, als ein redlicher Mann ohne Nummernschuz. — Wir haben bisher immer gemeint, daß die Berliner Richter auch ohne Robe in voller Strenge die Wage der Gerechtigkeit über genug zu Ungunsten der Angeklagten haben steigen lassen; die Robe wird wahrlich kaum noch dabei ins Gewicht gelegt zu werden brauchen. Der fortschrittliche, aber redliche Abgeordnete Ebertz wollte den Berliner „Pöbel“ in einer persönlichen Bemerkung verteidigen — ihm wurde aber unter Hohngelächter des Hauses vom Präsidenten das Wort abgeschritten.

Die „Germania“ ist erboht über die große Ungeschicklichkeit ihrer hiesigen evangelischen Gesinnungsgenossen. Die Stöder'sche Agitation gegen die Sozialdemokraten hat das liberale Blatt demohnen aufgebracht — zuerst lobte es die pietistisch-soziale Bewegung —, daß es voller Hohn über die Disputation zwischen Koff und Dr. Wangemann berichtet. „Von einer Opposition der christlich-sozialen Elemente war nichts zu bemerken“ — so schließt das Blatt seinen Bericht. Bekannt ist es, daß die christlich-soziale Agitation der katholischen Priester eine bedeutend geschicktere ist und daß sie die „Bauernfängerei“ besser betreiben, als die hochmüthigen evangelischen Pfaffen.

Noch will ich erwähnen, daß die „Konigerei“ ein hübsches Nachspiel gehabt hat, indem einer der Helfershelfer des sauberen Sybel-Agenten Konig, ein Steuerempfänger aus Münsterfeld, wegen Beleidigung des katholischen Bürgermeisters Kemp (Denunziation desselben an den Sybel'schen Verein) mit vier Wochen Gefängniß bestraft worden ist. Der Abgeordnete Prof. Sybel und sein rheinländisch-nationalliberaler Troß können die Konig nicht so schnell wieder los werden, wie sie dieselben herbeischworen haben. Das geschieht ihnen aber recht!

Sozialpolitische Uebersicht.

Die politische Lage Europas wird immer verwickelter. Der deutsche Kaiser hat, wie die „Vossische Zeitung“ erzählt, zu den Reichspräsidenten, welche demselben ihre Aufwartung machten, folgende Worte gesprochen: „Die europäische Lage ist allerdings ernst, nichts desto weniger hoffe ich aber, daß es möglich sei, den Frieden zu erhalten.“ — Auch sei bemerkt, daß die Voss'sche „Berliner Autographische Correspondenz“ die von den Fortschrittler, National-Liberalen und Conservativen gemeinsam eingebrachte Interpellation in Bezug auf die Haltung der deutschen Reichsregierung in der türkischen Frage als eine besondere Kundgebung des Vertrauens zu der auswärtigen Politik des Reichskanzlers betrachtet. Wir geben Kaiser ganz recht; er und seine Genossen zur Linken und Rechten würden auch gewiß nicht zögern, dem Reichskanzler einige Hundert Millionen Mark zu bewilligen, wenn die auswärtige Politik desselben an der Seite Rußlands uns in den europäischen Krieg treiben würde.

Die Fortschrittspartei kennzeichnet sich in ihrem ganzen Auftreten als eine Partei des Rückschritts. Während nicht allein unsere Partei, sondern Männer der verschiedensten Parteien die Aufhebung der Gefängnis- und Zuchthausarbeit fordern, soweit dieselbe den „freien“ Arbeitern Konkurrenz macht, bringen die Herren Bürger und Max Hirsch bei dem Reichstage folgenden lenkenden Antrag ein: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler aufzufordern, mit Rücksicht auf die, wegen Benachtheiligung des freien Gewerbebetriebs durch die gewerbliche Gefängnisarbeit erhobenen Beschwerden und behufs Erlangung einer Grundlage für die in dem Strafvollzugsgesetz zu lösende Frage über die Art der Beschäftigung der Gefangenen, die Bundesregierungen zu ersuchen, die Beschwerden, soweit sie thatsächliche Ausführungen enthalten, einer eingehenden Untersuchung möglichst unter Hinzuziehung der Beschwerdeführer zu unterwerfen und über deren Ergebnis in Verbindung mit einer Statistik über die Gefängnisarbeit im

Herrn Dr. Wangemann — so hieß nämlich jener Herr — auf den Vortrag des Reichstagsabgeordneten Johann Koff vom 29. Januar. 2) Vortrag des Reichstagsabgeordneten Joh. Koff über die „Staatssozialisten“. Die Versammlung fand im großen Saale des Handwerkervereins statt und mag wohl die am zahlreichsten besuchte von allen, welche in diesem Lokale stattfanden, gewesen sein. Jedes Plätzchen war besetzt und Hunderte mußten der Ueberfüllung des Saales wegen wieder umkehren. Alles war gespannt auf die Dinge, die da kommen sollten. Aber wie enttäuscht mag Mancher von dannen gegangen sein, als er die vagen „Entgegnungen“ eines „christlich-sozialen“ „Doktors“ gehört.

Genannter Herr Wangemann stellte zunächst die Bibel als das einzige Buch der Wahrheit hin, da sie von „Gott“ komme, in dessen Auftrag (!) sie von Moses und den Propheten u. s. w. geschrieben sei. Niemand könne bestreiten, daß es ein Gott gebe und daß er die Welt erschaffen, daß die Bibel nicht auf Wahrheit beruhe u. s. w. Er habe durch jahrelanges und ernstes Studium die Wahrheit der Bibel erkannt und die in jüngster Zeit vielfach gemachten Ausgrabungen hätten bewiesen, daß sich Alles so verhalte, wie es in der Bibel steht. Wenn man ihm heutzutage sage: er stamme von Affen ab, so müsse er sich derartige Insinuationen entschieden verbitten. Der Mensch sei von „Gott“ geschaffen, dafür bürge seine Erhabenheit über alle übrigen Geschöpfe. Ohne Gott kann Nichts geschehen und wenn er nicht wäre, wäre die Welt schon längst untergegangen. (Allen diesen „Entgegnungen“ folgte natürlich stürmisches Gelächter.) Man kämpfte immer auf die Pfaffen, daß diese so schlechte Menschen wären. Nun, er sei auch ein „Pfaffe“ und freue sich über diese „Ehre“ (an!), ein solcher zu sein, denn gerade die Pfaffen hätten überall die Nächstenliebe geübt. Sie gingen zu den Heiden, um das Christenthum zu predigen, bestiegen alle Gefahren unter jenen unfähigsten Menschen; errichteten Findelhäuser für die ausgelegten Findelkinder und verrichteten sonst alle möglichen Werke der Barmherzigkeit. Gerade das Christenthum habe die Cultur geschaffen (sic!), die Sklaverei und Leibeigenschaft abgeschafft (Wer laßt da?) — und ohne dieses könne kein Culturstaat bestehen (Wenau so wie die Herrschaft des Papstthums, nicht wahr, Herr Doktor?) Wenn dem Arbeiter der Glaube genommen sei, dann vermahntose derselbe und sinke immer tiefer, denn: wer Gott verläßt, den verläßt er wieder. Gerade weil die Gottlosigkeit so um sich greift, entstehen so viele Uebel in der Welt, und, meine Herren! wollen Sie wissen, wer die Schuld an allem Unglück und allen Leiden in der Welt ist? (Aufe: Ja wohl!) Nun, ich werb's Ihnen sagen — es ist die Sünde! (Stürmisches Gelächter.) In derartigen Ausführungen ergeht sich der Herr circa drei Viertelstunden lang bis er endlich zu dem famosen Schluß gelangt: Halten Sie an dem Christenthum fest, denn ich kann wohl annehmen, daß Sie Alle noch nicht so gottlos sind, als Herr Koff — (Aufe:

Reiche, dem Reichstage demnächst Mitteilung zu machen." — Also weiter nichts als eine Reichsneuheit, die ein Jahr lang dauert und zu nichts führt. Der bedächtige Fortschritt ist doch eine schöne Erfindung für die reaktionären Regierungen, gerade so wie die allergetreueste Opposition des Fürsten Bismarck's, der Kaiserliche Nationalliberalismus. — Nebenbei gesagt, erhält derjenige Schriffführer, welcher obigen Antrag der Fortschrittspartei im Reichstage ohne zu flattern verliest, eine Prämie, bestehend in den gesammelten Reden des Dr. Max Hirsch.

— **Starker Tabak.** Dem edlen Victor Böhmert gehen jetzt auch selbst die Antisozialisten an den Kragen — er treibt es in seiner „Sozial-Correspondenz“ auch etwas zu löpeltast. Dieselbe wird nämlich von dem Vereine „für's Wohl der arbeitenden Klassen“ herausgegeben und agitiert energisch für die Tabaksteuererhöhung und das Tabakmonopol. In Bezug hierauf sagen die „Dresdener Nachrichten“:

„Höchst befremdlich ist es, daß die von dem Direktor des königlich sächsischen statistischen Bureaus, Herrn Victor Böhmert, herausgegebene „Sozial-Correspondenz“ in neuerer Zeit nach kräftiger Stimmung macht für die Tabaksteuererhöhung, event. das Tabakmonopol. Herr Victor Böhmert hätte unseres Erachtens seine Hauptarbeit auf seine Amtsgeschäfte zu richten. Wir wollen wenigstens hoffen, daß zur Unterhaltung der „Sozial-Correspondenz“ nicht sächsische Staatsgelder verwendet werden. Denn kein Geld für Seminar- und Eisenbahnbauten im Staatsfädel zu haben, aber eine Zeitung auf Staatskosten zu unterstützen, die für die Wehrsteuererhöhung des Tabaks Propaganda macht, das wäre in der That — starker Tabak.“

Auch wir sagen: starker Tabak — aber wir wundern uns nicht darüber, wie die „Dresdener Nachrichten“ es thun; in Deutschland ist nämlich jetzt Alles, was nichts taugt, möglich, und das Gute unmöglich geworden.

— **Zur Tabaksteuer.** Die Reichsregierung, so heißt es allgemein, wolle die Erhöhung der Tabaksteuer nur benutzen, um später das Monopol um so leichter zu erlangen. Der Plan hat seine sichere Begründung, und zwar hat die Reichsregierung nicht erst nötig, an den Erträgen des Monopols in andern Staaten Studien zu machen. Die ehemals kaiserliche französische Tabakmanufaktur in Straßburg giebt ihr den Vortheil an die Hand.

Nach dem vorjährigen Etat für Elsaß-Lothringen, der dem Reichstag zur Beschlußfassung vorlag, ergab die Tabakmanufaktur in Straßburg den sehr schönen Reinertrag von 500,614 Mark, und im vorhergehenden Etat waren gar 600,614 Mark angelegt. Im Verhältnis zu den Gesamtkosten des Betriebs beläuft sich der reine Nutzen auf rund 20 Proz., aber im Verhältnis zu den gezahlten Beamtengehältern und Arbeitslöhnen beläuft er sich auf 111 Proz. Das giebt einen Maßstab für das Maß von Ausbeutung, denen die Arbeiter unterworfen sind.

Gesetzt den Fall, diese Fabrik würde genossenschaftlich betrieben, so würde das jährliche Einkommen der Arbeiter und Beamten sich um mehr als das Doppelte erhöhen, wobei noch nicht in Anschlag gebracht ist, daß bei einer solchen Selbstverwaltung nicht nur Aufsichtsbearbeiter ersetzt würden, sondern auch das hohe Direktorialgehalt, und daß die Leistungen der Arbeiter einerseits, die Ersparnisse an Speise aller Art andererseits, weil Jeder in seinem eigenen Nutzen arbeitet und aufs Lebhafte an dem guten Erfolg interessiert ist, weitere erhöhte Erträge sichern.

An diesem einzigen Beispiele läßt sich schon zeigen, welche eine gewaltige Umwälzung die genossenschaftliche Produktion für die gesamte Gesellschaft erzeugt, und was von der Produktion gilt, gilt in fast noch höherem Grade von der Verteilung, dem Transport und allen sonstigen Beziehungen der Menschen. Umgekehrt zeigt das vorgesehene Beispiel aber auch, welche ein hohes Interesse die herrschende Klasse an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Ausbeutungssystems hat.

Ja wohl! Ja wohl!), nur dann kann's besser werden, und ich wünsche nur, daß Herr Most noch vor seinem Ende ein recht gläubiger Christ werden möge! Übermaliges Gelächter und härmliche Heiterkeit überdönen einzelne „Bravo“-Rufe.)

Nachdem ein Antrag auf zehn Minuten Pause abgelehnt, beginnt unter härmlichem Beifall der ganzen Versammlung Herr Most sein Referat, richtiger seine Erwidrerungen auf die Entgegnung des Herrn Dr. Wangemann:

Meine Herren! Es war voraussehen, was uns der Herr Dr. Wangemann erzählen würde, und was für Beifall ihm dafür zu Teil wurde, haben Sie ihm durch ihr Gelächter bewiesen. Daß er mich als einen Ungläubigen hingestellt, nehme ich ihm nicht übel, ich freue mich sogar ein solcher zu sein. Dieser Herr hat uns die Existenz Gottes beweisen wollen, ohne es zu können. Er glaubte damit auf den wissenschaftlichen Materialismus anspielen zu können, auf den Darwinismus, welcher letzterer behauptet: daß die Welt nicht von „Gott“ geschaffen, wie es in der Bibel steht, daß sie nicht erst circa sechstausend Jahre, sondern vielleicht Millionen Jahre, wenn auch nicht in ihrem jetzigen Zustande besteht. Wenn er sich dagegen verwahrt, von einem Affen abzukommen, so verwahre ich mich entschieden dagegen, aus einem Lehmblod gemacht zu sein. (Stürmisches Bravo.) Kein Darwinianer wird übrigens behaupten: es komme der Mensch von einer noch jetzt lebenden Affenart ab, dies wäre einfach ein Unsinn. Sondern es hat einmal eine Zeit gegeben, in welcher es noch keine Säugethiere, ja keine Insekten, keine Pflanzen, wie überhaupt keine lebenden noch toten Organismen auf der Welt gab, daß sich vielmehr die Organismen aus dem Urchaos (Protoplasm) im Laufe von Jahrauf tausenden entwickelt; daß sich aus der Pflanzenwelt die Thierwelt und aus dieser wiederum endlich der Mensch entwickelt hat. Dafür liegen Beweise da und die Naturwissenschaft hat es bestätigt. Noch aber hat man bis jetzt die Existenz eines Gottes nicht beweisen können. Es würde mich zu weit führen, wollte ich näher auf den Darwinismus eingehen; ich werde mir einmal erlauben, einen schulwissenschaftlichen Vortrag an anderer Stelle über Darwinismus zu halten. Für heute sei nur gesagt: daß sich die Kultur wie alles Andere allmählich entwickelt und nicht durch das Christentum. Das Christentum hat vielmehr dazu beigetragen und thut dies heute noch — die Kultur zu hemmen. Die Sklaverei wäre auch ohne das Christentum gebrochen worden, weil es die natürliche Folge der gesamten menschlichen Entwicklung war und ist, und so steht es mit der Sozialdemokratie. Sie wird sich entwickeln und ausbreiten, wenn man ihr noch so viel in den Weg legt, ob die Schwarze oder blaue Genbarmerie ihr in den Weg tritt oder nicht. (Stürmisches Bravo.)

Von der christlichen Liebe will uns dieser Herr etwas erzählen. Nun, wer hat die Inquisition und die Keilbeinbrüche geschaffen? Es waren die Pfaffen! Und wenn dies heute noch angebracht wäre, würde man auch uns längst ge-

— „Landstreicher und Bagabunden.“ Die „Nationalzeitung“ läßt sich aus Mecklenburg schreiben, „daß in letzter Zeit eine wahre Ueberschwemmung von arbeitslosen und arbeitscheuen Menschen eingetreten sei. Gewaltthaten, Anfälle und dergleichen seien davon die Folge. Jetzt sei die Sache so schlimm geworden, daß das Ministerium des Innern bekannt macht, die Räumlichkeiten des Landarbeiterhauses zu Gärrow seien überfüllt, und es sei zur Zeit „die Entlieferung derjenigen Bettler, Landstreicher u., gegen welche nur auf Haftstrafe, und nicht zugleich auf Uebersetzung an die Landespolizeibehörde erlassen worden ist, bis auf Weiteres zu suspendieren.“ — Auch in den Städten sind die Gefängnisse überfüllt, so daß man in Schwerin kürzlich einige Menschen, die einen Mann auf offener Straße schwer verwundet hatten, nach Feststellung der Personen wieder entlassen mußte. — Die in Passau erscheinende „Donauzeitung“ schreibt: „Wer sollte es glauben, daß man heute bettelnde Handwerksburschen trifft, deren Dienstbächer eine ständige Dienstzeit von 12—15 Jahren an einem Plage ausweisen, bis sie jetzt der Dienstherr wegen Geschäftslage entlassen mußte? Hier am Grenzplatze Passau werden nicht selten an einem Tage ein halbes Duzend solcher Leute, die dem Gesetze als „Landstreicher“ verfallen, über die Grenzpfähle geschubt. Ihr Vergehen ist meistens — der Hunger.“ — So erhebt eine nichtsozialistische Zeitung eine furchtbare Anklage gegen die Gesellschaft, die wahrlich nicht durch das Augenverbrechen frommer Brüder entkräftet wird, die aber zu gleicher Zeit dem Harmoniegedudel des Herrn Hirsch und seiner antisozialdemokratischen Congregialen und auch der heutigen Gesetzgebung eine klärende Ohrfeige giebt. „Der Hunger“ ist die einzige Schuld der Unglücklichen, und weil sie diesen Hunger nicht stillen können durch Lohn und Arbeit, welche sie freudig leisten wollen, deshalb wirft man sie ins Gefängnis und brandmarkt sie mit dem Namen „Landstreicher“. — Das Menschentum aber ist aus der heutigen Gesellschaft gewichen, die kalte lächelnde Antilope solchem Jammer zuschaut und die Hände nicht regt, um das Elend zu mindern. Und dabei verfolgt man noch diejenigen, welche solchen wahnsinnigen Zuständen ein Ende machen wollen! Man verfolgt sie, weil sie solcher „göttlichen“ oder „natürlichen“ Ordnung entgegenzutreten wagen. — Wenn man solches Gebahren sieht, wenn man solche Niederträchtigkeit allüberall erblickt, dann kommt man wahrlich in die Lage, mit einem amerikanischen Blatte auszurufen: „Ja, wolte, daß es drei Tage Pulver regnete und am vierten der Blitz drein schlägt.“

— **Grober Unfug.** Wir haben schon mitgeteilt, das einzelne rheinische Polizeirichter den Versuch gemacht haben, den „groben Unfug“ aus dem Strafgesetzbuche in das Preßgesetz zu bringen. Bei dem Falle, unsern Parteigenossen Grünwald zu Greifeld betreffend, der kürzlich eine Haft von 4 Monaten angetreten hat, wurde in der Appellinstanz wegen Verjährung das Urteil des Polizeirichters wegen durch die Presse verübten groben Unfugs vernichtet. Ein prinzipielles Resultat hatte diese Appellation also nicht ergeben. Anders in Sachen des Redakteurs des „Solingers Anzeigers“, Carl Beck, der gleichfalls vom Polizeirichter wegen durch die Presse verübten groben Unfugs (Verhöhung des Vaterlandes) zu 75 Mark Strafe seiner Zeit verurteilt worden war. Die Appellationsinstanz erklärte kurz und bündig, daß sie in dem Zeitungsartikel den Thatbestand des groben Unfugs nicht finden könne. Der Angeklagte wurde natürlich freigesprochen. — Durch welche Brille der Polizeirichter in einem Zeitungsartikel den Thatbestand des „groben Unfugs“ erblickt hat, ist leider nicht bekannt geworden.

— **Der Hungertyphus** ist in Oberschlesien (Kreis Neutheben) abermals ausgebrochen. Die Erhebungen zur Ermittlung der Ursachen dieser in Oberschlesien fast epidemisch gewordenen Seuche, welche die preussische Regierung bei der vor zwei Jahren daselbst ebenfalls grassirenden Krankheit angestellt hat, sind also weiter nichts als eine leere Farce gewesen. Und doch sind die Ursachen mit Händen zu greifen, ja sie sind schon durch das Wort: Hun-

schürt haben (Sehr richtig!), hat man es doch endlich dahin gebracht, mir eine Denunziation wegen Aufforderung zum Rassenmord anzuhängen von Seiten der Pfaffen (Psä!) — Es gehört geradezu eine gute Portion Dreißigkeit dazu, wenn sich jene Herren vermaßen, unter so freisinnigen Arbeitern, wie sie in Berlin bereits sind, — Propaganda für den „Staatssozialismus“ zu machen; wenn sich einige Pfaffen erdreisten, bei diesen Arbeitern auf Bauernfang zu gehen, ähnlich wie die Herren Hirsch, Dunder und Consorten. Wögen sie doch lieber nach Pommern, Posen und Preußen u. s. w. gehen, wir werden dann das Weitere besorgen, gerade so, wie wir es bisher mit der Hirsch-Dunder'schen Arbeiterpartei gethan. (Stürmisches Bravo und Beifall.)

Nachdem Most circa anderthalb Stunden gesprochen und besonders darauf hingewiesen, daß nur die Sozialdemokratie das Volk von seinen Fesseln befreien könne, schließt er mit dem schon im Mittelalter gebräuchlichen Sprichwort: „Wäst dein Haus du halten rein, dann laß keine Pfaffen ein!“ (Stürmisches, langanhaltender Beifall.)

In der darauf folgenden Diskussion sprach sich Genosse A. Paul unter Anderem dahin aus, daß die „Christlich-Sozialen“ mit Popanz angefangen und auch damit enden werden. (Allgemeines Gelächter.)

Nachdem Herr Most noch einige Worte erwidert, wurde die in der vorliegenden Nummer des „Vorwärts“ abgedruckte Resolution angenommen. — Mit dem Abgange der Marxeilasse wurde die letzte der im Handwerkervereins-Saal stattgefundenen Versammlungen geschlossen.

Am 6. Februar fand eine Frauen-Versammlung in Reng's Salon statt, in welcher Genosse Most wiederum das Referat übernommen und auch Herr Wangemann anwesend war. Das Bureau wurde von Frauen gewählt und führte Frau Jahn den Vorsitz. Die Versammlung war nicht minder stark besucht, als die am vorhergehenden Tage. Auf der Tagesordnung stand: Wie verhalten sich die Frauen den christlich-sozialen Bestrebungen gegenüber?

Die Vorsitzende hatte alle Mühe, die Ruhe der Versammlung aufrecht zu erhalten.

Allgemeine Stille herrschte endlich, als Herr Most sein Referat begann. Er sprach sich unter Anderem dahin aus, daß sich auch die Frauen der Sozialdemokratie anschließen, um zugleich die Stütze des Mannes zu werden. Manche von den Damen möge sich ihn (Most), nachdem er in der Zeitung so vertrieben, vielleicht als den selbstthätigen Gottfrieds vorgestellt haben. Wie sie jetzt sehen könnten, sei er ein Mensch wie alle Anderen. Er habe es sich besonders vorgenommen, die Frauen über die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu unterrichten, damit sie nicht etwa, wie es leider nur zu oft der Fall ist, dem Manne in seinen Bestrebungen ein Hemmschuh werden. Auch die Frau muß lernen selbstständig handeln zu können; bis jetzt konnte

gertyphus selbst gegeben. Sollte die preussische Regierung aber nicht wissen, wann das arbeitende Volk hungert, so werden wir es ihr mit gellender Stimme in's Ohr schreien: Das arbeitende Volk hungert, wenn es keine Arbeit hat oder zu schlecht bezahlt wird. Also Arbeit her für das arbeitende Volk und dafür gesorgt, daß es auskömmlich zu leben hat, das ist, Staat, deine verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

— **Ungarländischer Sozialistencongrès.** In Folge der Erklärung des Ministerpräsidenten Tisza im ungarischen Abgeordnetenhaus, wonach das Verbot bezüglich der Abhaltung sozialistischer Versammlungen aufrechterhalten bleibt und dasselbe auch auf den angekündigten Sozialistencongrès sich erstreckt, hat das Congreßcomité den Beschluß gefaßt, den Sozialistencongrès dennoch abzuhalten, ihm jedoch — um ihn vor behördlicher Auflösung zu schützen und so die Zusammenkunft der Delegirten zu ermöglichen — den Namen: „Congrès der Nichtwahlberechtigten“ beizulegen. Nichtsdestoweniger wird der Congrès — soweit die Verhältnisse es gestatten werden — ein sozialistischer sein, und wird ihm außer einer Resolution in Angelegenheit des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, auch womöglich die Beratung und Feststellung eines sozialistischen Programms obliegen. Da Herr Tisza feierlich erklärt, daß sein Verbot nur auf sozialistische, nicht aber auf Arbeiter-Versammlungen sich bezieht und die Zusammenkunft von nichtwahlberechtigten Personen wohl nicht gut als eine „sozialistische Versammlung“ deklarirt werden kann, so ist anzunehmen, daß der für die nächsten Osterfeiertage projektierte „Ungarländische Sozialistencongrès“ — wenn auch nicht unter dem ursprünglichen Titel — trotzdem und alledem zur erfreulichen Thatfache werden wird. — Als Obiges gesagt war, ist uns noch die Nachricht zugegangen, daß der Ministerpräsident fortfährt, die Comitésmitglieder ängstlich bewachen und Hausdurchsuchungen bei denselben veranstalten zu lassen, ob nicht Anzeichen zu finden seien, daß dieselben doch zu einem Sozialistencongrès Einladungen ergehen ließen. Danach erscheint es doch noch zweifelhaft, daß der Congrès in irgend welcher Form stattfindet.

— **Aus Dänemark.** Am 20. Januar fand in Kopenhagen eine Versammlung statt, in welcher folgende Punkte auf der Tagesordnung standen: 1) Ist die Arbeitslosigkeit zur Zeit größer, als sie im Winter gewöhnlich zu sein pflegt? 2) Wenn dem so ist, ist sie derart, daß es notwendig erscheint, außerordentliche Anstalten zu treffen, um ihr abzuhelfen? Die Versammlung war zumeist von der begüterten Klasse zusammengesetzt, aber auch etliche Mitglieder des Arbeitervereinsvorstandes hatten zu derselben Einladung erhalten und waren auch erschienen. Es wurde allerseits zugestanden, daß eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit vorhanden sei. So hatte man z. B. ermittelt, daß 1200 Schmieide und Maschinenbauer, 600 Cigarrenarbeiter, 400 Maurer, 500 Maler und 2000 Arbeitsleute ohne Arbeit seien; von vielen Arbeitsbranchen hatte man Daten nicht erlangen können. Ueber die Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit konnten die philanthropisch angehauchten Herren natürlich nicht recht einig werden, was auch gar nicht zu verwundern ist, da sie sich aus leicht erklärlichen Gründen gar nicht sonderliche Mühe gaben, die Ursachen der Arbeitslosigkeit aufzuklären. Die Einen gedachten auf dem Wege der öffentlichen Mildthätigkeit den hungernden Arbeitern beizuhelfen, Andere meinten wieder, daß die Znangriffnahme der projektierten Communal- und Staatsbauten der Nothlage abhelfen könnte, wieder Andere meinten endlich, daß man den Arbeitslosen unverzinsliche Darlehne vorstrecken sollte, wozu vom Staat das Geld zu borgen sei — das Ende vom Biede war aber die Niederlegung eines Ausschusses, der einer demnächstigen Versammlung Vorschläge machen soll, was zu thun sei. Alle diese Sächelchen sind einem längeren Bericht entnommen, den uns ein Kopenhagener Parteigenosse über die betreffende Versammlung zugesandt hat. Wie sich die Arbeiter von Kopenhagen dieser Wohlthätigkeitscomdie gegenüber verhalten werden, darüber hat sich unser Berichterstatter nicht ausgelassen — möglich, ja wahrscheinlich aber ist,

und kann es leider nicht der Fall sein, da sie noch zuviel unter dem Joche des Mannes steht und von der Teilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen ist. Gerade bei den Frauen halte es am schwersten, sie vom Althergebrachten abzubringen, ganz besonders aber in religiöser Beziehung. Es sei jetzt ihre Pflicht, sich an dem Austritt aus der Landeskirche ganz besonders zu betheiligen, damit sie nicht gezwungen seien, ihre Kinder im Religionsunterricht erziehen zu lassen. Er besenchtet noch in einigen Sätzen die Bestrebungen der christlich-sozialen Partei und empfiehlt den Herren Missionären: lieber unter die Hottentotten zu gehen, um dort Bekehrungsversuche anzustellen. — In der darauf folgenden Diskussion, an welcher außer den Herren Most und Wangemann nur Frauen resp. Mädchen theilnahmen, haben auch diese bewiesen, daß sie mit den Pfaffen nichts mehr zu thun haben wollen, und schlossen sich den Ausführungen des Herrn Most an.

— **Wie der Gewerbeverein gekündert wird!** Herr Max Hirsch erhebt in der letzten Nummer seines „Gewerbevereins“ ein Festschrei darüber, daß der „Correspondent“, Organ der deutschen Hutmacher, „ganze Sätze aus einem Leitartikel des „Gewerbevereins“ wörtlich abgeschrieben habe“. Herr Max Hirsch sollte froh sein, daß man seinen Blatte diesem Ehre angethan hat. Was nun das Abschreiben angeht, so wollen wir hier ein kurzes Abenteuer berichten, das uns selber mit einem anderen Blatte des Herrn Max Hirsch, der „Sozialen Frage“, dem Hauptorgan der Harmonikapostel, passiert ist. Dasselbe brachte vor einiger Zeit über das „Stärkerverhältnis der Parteien im Reich“ eine statistische Notiz, die so zuverlässig als Original lautete, daß wir, da die Angaben uns interessant schienen, sie, mit Quellenangabe, in den „Vorwärts“ (Nr. 10) aufnahmen. Hintennach entdeckten wir, daß Herr Max Hirsch seine Originalnotiz aus einem vor Jahresfrist veröffentlichten Artikel des „Vorwärts“ „gekündert“ hat. Man sieht, nicht bloß Bäder, auch Zeitungsartikel haben ihre Beside.

— **Ein russischer, adeliger Gauner.** Unter den Bekanntmachungen des Berliner Stadtrichts finden sich öftentliche Vorladungen zur Klageantwortung an den vom Concursverwalter der Ritterstädtlichen Privatbank in Pommern wegen nicht erfüllter Wechselverbindlichkeiten verklagten Dimitri von Bukendorf, dessen Aufenthalt dem Gerichte unbekannt ist. Der Verklagte, welcher bis vor Kurzem zweiter Sekretär der russischen Botschaft in Berlin und eines der bekanntesten Mitglieder des diplomatischen Corps war, ist Kommerzienrat des Kaisers Alexander und weil augenblicklich im Dienste des rötlichen Kreuzes auf dem Kriegsschauplatz, wohin er sich bei seiner wegen kolossaler Schulden notwendig gewordenen Entfernung aus Berlin begab, hat.

daß sie es verschmähen werden, die Brosamen aufzulesen, die ihnen von der „Herren“ Tische zugeworfen werden.

Der Sozialismus in Griechenland ist trotz seiner Jugend im Aufblühen. Wie das griechische sozialistische Blatt, die „Helenische Demokratie“, nämlich meldet, ist es den dortigen Parteigenossen gelungen, bei den letzten Volksvertretungs-Wahlen einen Sozialisten, den Kostas Chodoras zu nominieren. Derselbe, wenn auch, wie Genosse Freitag in der sächsischen Kammer, ganz vereint, hat schon mehrere Male Veranlassung genommen, und zwar zum Schrecken der Gegner, die sozialistischen Ideen von der Parlamentstribüne zu Athen zu verkünden.

Die Redefreiheit in Nordamerika wird bald schon zu den schönen Mythen gehören. So hat die Legislatur von Californien ein Gesetz beschlossen, durch welches aufreizende Reden zu Criminalverbrechen gestempelt werden. Sie haben es im freien republikanischen Amerika jetzt bald so weit gebracht, wie im herrlichen Deutschland: Sprengung von Versammlungen durch Polizeigewalt, Einkerkelung der Agitatoren, Gesetze gegen staatsgefährliche Reden. — Uns fällt bei dieser Gelegenheit der Ausspruch eines „demokratischen“ Blattes ein, welches es für Wahnsinn erklärte, wenn in einer Republik vom Volke irgendwelche Gewalt zur Erlangung seiner Forderungen angewandt würde, da in der Republik ja volle Freiheit herrsche und diese von der Majorität nur ausgenutzt zu werden brauche; das Blatt schrieb diesen Satz in Hinblick auf Nordamerika. Wird dasselbe denn nun bald der Ansicht sein, daß die heutigen Republiken sich von den Monarchien nur ungefähr so unterscheiden, wie das evangelische Christentum sich von dem katholischen Christentum unterscheidet, wie der Jesuit vom Muder, oder umgekehrt?

Freiheit im deutschen Reich. Genosse Döschner leit einige Tage an Stelle des inhaftierten Parteigenossen Grünwald, Redakteur der in Erfeld erscheinenden „Niederhessischen Volksstimme“, ist am 10. Februar ohne Angabe des Grundes plötzlich verhaftet worden. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der verhaftete Redakteur der „Essener Freien Zeitung“ zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

In sauberer Ausstattung und großem Format ist am 28. Januar die erste Nummer einer neuen sozialistischen Zeitung, der „New-Yorker Volkszeitung“ erschienen. Wir wünschen dem Blatte gutes Gedeihen.

Man schreibt uns aus München: „Durch alle Zeitungen ging kürzlich die Notiz, daß Rask's Werk: Die Preußen in Elsaß-Lothringen, nunmehr nach vierjährigem Prozessiren frei gegeben sei. Daraufhin bestellte ich das Buch in einer Münchener Buchhandlung, erhielt aber den Bescheid, daß Seitens der Polizei der betr. Buchhandlung die Warnung zugekommen sei, das Buch von Rask nicht auf Lager zu halten, da es sonst nächster Zeit konfisziert werden würde (trotz der Freigebung!). Der „Charakteristika“ Buchhändler wies natürlich mein Ansinnen, das Buch zu bestellen, mit bedeutender Entrüstung zurück.“

Correspondenzen.

Ahrensburg, 29. Januar. Da auch hier, wie an vielen anderen Orten, gegen die Arbeiterbewegung das bekannte Rezept der Lokalfürsorge angewandt wird, so haben hier im Ganzen sehr wenig Versammlungen stattgefunden. Jetzt scheint dies Verhältnis dadurch in ein anderes Stadium zu kommen, daß sich hier ein antisozialistischer Verein gebildet hat, welcher durch Verbreitung von „Bildung“ den Sozialismus austrotten will. Wenn man das Statut jenes Vereins liest, so bekommt man ein sonderbares Urtheil über die Bildung der Herren, welche dasselbe fabriziert haben, denn Stil und Sachbildung sind ein wahres Attentat auf die deutsche Sprache. Am Sonntag, den 27. d. M., hatte nun der Vorstand genannten Vereins eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Lassalle und seine Ziele.“ Auf den Plakaten war bemerkt, daß die Einberufer sich die Leitung der Versammlung vorbehalten. Unsere Gesinnungsgenossen waren leider nicht stark genug vertreten und deshalb fragte Genosse Brädmann aus Altona an, ob Redefreiheit gewährt sei, was bejaht wurde. Der Referent, Privatlehrer Koch von hier, entledigte sich seines Referats durch eine zweistündige Vorlesung aus dem Buche: „Ferdinand Lassalle von Georg Brandes“ mit Beigabe einiger Bemerkungen, welche zu dem Vorgelesenen eine recht unverdächtige Sauce lieferten und hauptsächlich besagten, daß die „modernen Sozialisten“, wie der Herr sich ausdrückte, mit Lassalle im Widerspruch ständen, da ihr Zweck der gewaltthätige Umsturz alles Bestehenden sei. — Hierauf erhielt Genosse Brädmann das Wort. Derselbe setzte auseinander, daß die heutigen Sozialdemokraten durchaus nicht von der Lehre Lassalle's abgewichen seien, sondern nur ihr Programm den Zeitverhältnissen mehr angepaßt hätten, was Lassalle, wenn er noch lebte, auch wohl gethan haben würde. Er bezeichnete ferner das Vorgehen der Antisozialisten sehr treffend als eine Art Taschenspielerkunststückchen, um die mit den Forderungen der Sozialisten weniger Vertrauten zu ködern. — Nachdem dann noch Herr Koch durch allerlei Verdächtigungen der Sozialdemokratie etwas am Fuge zu flicken versucht hatte und sogar so weit ging, Bismarck neben Lassalle als den besten Arbeiterfreund zu bezeichnen, ergriff Genosse Brädmann noch einmal das Wort und widerlegte spielend die plumpen Beschuldigungen des unwissenden „Volksbildners“. Unterzeichnete stellte hierauf den Antrag, zum weiteren Austrag der Sache eine anderweite Versammlung einzuberufen, in welcher der Vorfall aber nicht parteiisch geführt werden sollte. Dieser Antrag kam aber gar nicht zur Abstimmung, da der Vorsitzende bei ihm passender Gelegenheit die Versammlung plötzlich schloß. Und diese Feiglinge nennen sich Gegner der Sozialdemokratie! Sollten es diese Ehrenmänner wieder einmal versuchen, eine Versammlung abzuhalten, so werden sie uns am Plage finden. — Den hiesigen Parteigenossen aber rufe ich zu: Sorgt nach Kräften für Verbreitung unserer Parteipresse. Eine doppelte Abonnentenzahl auf den „Vorwärts“ in diesem Jahre, das ist die beste Antwort auf die Gründung des antisozialistischen Vereins.

H. Köpfe.

Schwabach, 4. Februar. Nach langer Zeit lassen auch wir wieder etwas von uns hören. Gestern hatten wir nämlich Gelegenheit, unsern Genossen Carl Grillenberger aus Nürnberg in einer Volksversammlung sprechen zu hören. Derselbe war von allen Schichten der Bevölkerung und sehr gut besucht, auch das Landvolk war stark vertreten; war ja auch die Tagesordnung derart, daß das Landvolk sich dafür interessieren mußte. Derselbe lautete: 1) „Die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer im deutschen Reich“, 2) „Die industrielle Zuchtthausarbeit und die durch

dieselbe hervorgerufene Schädigung der freien Gewerbe.“ Herr Grillenberger verstand es, über beide Punkte ausgezeichnet zu referiren, und wurde ihm deshalb auch allgemeiner Beifall zu Theil. Für den ersten Punkt der Tagesordnung wurde nachstehende Resolution abgefaßt, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurde:

„Die heutige Versammlung erklärt sich entschieden gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, sowie gegen die Einführung des Tabak-Monopols, wie sie überhaupt sich gegen das System der indirekten Steuern ausspricht. Sie erwartet vielmehr, daß die Deckung des vorhandenen Defizits durch eine Beschränkung der Ausgaben für den Militarismus möglich gemacht werde.“

Als unsere Versammlung zu Ende war, hielt gleich darauf Herr Carl Scholl aus Heidelberg in demselben Saale einen Vortrag mit dem Thema: „Für und gegen den Massenaustritt aus der Kirche.“ Wir Genossen blieben natürlich auf unseren Sitzen und mußten constatiren, daß der Vortrag ein ausgezeichnet war. Trotzdem wir am hiesigen Orte einen schweren Standpunkt haben, da die sogenannte Fortschrittspartei noch zu erstärken ist, können wir doch mit unsern Erfolgen zufrieden sein, und wenn die Sittenbilder über die fortschrittlichen Herren Herz und Krämer, welche das „fränkische Volksblatt“ unlängst brachte, der Wahrheit gemäß sind, dann wird die Fortschrittspartei bald dort sein, wo sie hingehört.

Leufenhört, 4. Februar. Die sehr zahlreich besuchte Volksversammlung, welche gestern in Pohland's Salon stattfand, war eine imposante zu nennen. Leider wurde die so wichtige Tagesordnung: „Der russisch-türkische Krieg und die Stellung der verschiedenen Regierungen und Parteien zu demselben“ von unserm wohlwolligen Bürgermeister Boy unterzogen. Genosse Mehlförner aus Grimmitzau referirte über die Tagesordnung: „Die Stellung der Arbeiter zur Industrie“ zur Zufriedenheit aller Anwesenden; auch verstand es derselbe, in kurzen Zügen die Orientirung zu berühren. Als der Referent geendet hatte, beendete donnerndes Bravo der Versammlung das Einverständnis mit dem Vortrage desselben. An der darauf folgenden Debatte beteiligten sich lebhaft die Genossen Nagler aus Thierbach und Treuter aus Grütz. Auch eine Anzahl „Russen“ waren anwesend, jedoch meldete sich trotz der energischen Aufforderung des Vorsitzenden keiner zum Worte; — ist von den „Russen“ auch nicht zu erwarten. Eine Resolution, in welcher energisch gegen die russenfreundliche Politik der preussisch-deutschen Regierung protestirt wird, gelangte zur einstimmigen Annahme.

Budapest, 3. Februar. Die „Arbeiter-Wochen Chronik“ schreibt: Nach Schluß des Blattes wird uns aus Bukarest telegraphisch gemeldet, daß die dortigen Bahnarbeiter in Folge fürchtbarer Theuerung aller Lebensmittel von der Direktion eine Lohn-erhöhung verlangten, die ihnen aber verweigert wurde. Da nun die Arbeiter die Arbeit eingestellt haben, droht die Direktion, Arbeiter vom Ausland kommen zu lassen.

Wir warnen daher alle Arbeiter vor Zuzug nach Bukarest und ermahnen alle Parteiblätter, hiervon Notiz zu nehmen. Auskunft ertheilt: Senkovicz Josef, Bukarest.

Ottensen, 11. Februar. Am 29. v. M. fand eine Volksversammlung hier statt, die gut besucht war, in welcher Max Stöhr und H. Mollenhauer über die Christlich-Sozialen oder Staatssozialisten und deren Bestrebungen sprachen und reichen Beifall ernteten. Obgleich ein paar Herren, welche der neubildeten christlich-sozialen Partei sehr nahe stehen, anwesend waren, hatten dieselben doch nicht den Muth, auf dieses für sie so wichtige Thema einzugehen. — Auch das Verhalten des Kirchenvorstandes gegenüber unsern gewählten Parteigenossen kam zur Sprache, worüber sich eine lebhaft Diskussion entspann. Alle waren darin einverstanden, daß einer dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht so hochsprachende Handlung keine andere Antwort gebührt, als ein allgemeiner Austritt aus der Landeskirche. Hierauf gelangte zur einstimmigen Annahme der Antrag, eine Commission von 5 Personen zu wählen, welche die Austritts-Formulare zu beschaffen hat, damit es jedem Einzelnen erleichtert wird, seinen Austritt zu erwirken. — Nachdem unsre Seelsorger von dem Versammlungsbeschlusse Kenntniß erhielten, sind dieselben eifrig bemüht, den Beschluß des Kirchenvorstandes wieder rückgängig zu machen, um auf diese Weise dem allgemeinen Austritt vorzubeugen, doch vergebens, sie haben nun einmal die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Einem Institut gegenüber, wo wir keine Rechte haben, haben wir auch keine Pflichten.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Den Gesangvereinen diene zur Nachricht, daß der Ausschuss für Vereine Mitgliedsbeiträge und Kassendücker vorräthig hält. Preis für beide bei Frankensendung 1 Mark. Einzelne Mitgliedsbeiträge: 1 Mk. 0,60, Kassendücker 0,50. Diese Blätter sind für jeden Verein zu gebrauchen, es können solche daher auch andere Corporationen, die nicht beim Bund sind, beziehen.

Als Ort der Generalversammlung für dieses Jahr hat der Ausschuss Darmstadt angelehrt.

Mit Gruß
Emil Saucetzig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion. Frau Paul Bernsd, Abonnent des „Vorwärts“ in Berlin: Ihr lebenswürdiges Briefchen soll nicht wie ein Beilchen im Bergorgane blühen und verfaulen. Wir wollen es in unserm „Briefkasten“ zur Schau stellen. Da ist's: „Herrn Redakteur Liebknecht, Leipzig. In einer der früheren Nummern Ihres Blattes legen Sie Dr. Dühring zu den Todten und in der darauf folgenden geben Sie ihm einen Orden! Welch herrliche Konsequenz! Sie scheinen wirklich dieses Gelehrten wegen nicht ruhig schlafen zu können, trotzdem derselbe Sie mit seiner Bitte beleidigt, noch überhaupt jemals erwähnt hat. Vielleicht gerade deshalb Ihre Wuth! In kann ungefähr verstehen, wie Jemandem, der hunderttausende gebalteter Häufte commandiren zu können glaubt, sonst aber allerdings nichts als eine stark ausgeprägte Eitelkeit aufzuweisen hat, zu Rathe ist, wenn ihm immerfort die Anerkennung seiner „enormen“ Verdienste versagt bleibt. Seien Sie getrost, man weiß recht gut, daß sich hinter Ihren plumpen Provocationen eine entsetzliche Angst vor jenem Geiste birgt, der das zwanzigste Jahrhundert in seine Schranken fordern wird. Bis dahin bleibt in seine Schranken fordern wird. Bis dahin bleibt Ihnen Zeit, Ihre Rolle mit dem Anstande, der Ihnen eigen ist, auszuspielen. Berlin, den 5. Februar.“ — Der Wahnwitz scheint anstehend zu sein. — A. B. in Th.: „Alles Dreies erhalten.“ — Darmstadt: Weitere Correspondenzen sehr erwünscht; Discretion selbstverständlich. — F. W. L. in Gera: Wir können Ihre Fragen nicht beantworten; da das deutsche Reich die offizielle Bezeichnung nicht beantwortet; da das deutsche Reich die offizielle Bezeichnung an der Pariser Weltausstellung abgelehnt hat, so werden Sie gut thun, sich an den Vertreter der Schweiz oder Oesterreichs zu wenden, und zwar recht bald. Bei dem Consul eines der beiden genannten Länder erfahren Sie die Adresse. — M. in Szigetvar: Wir können nur die innern Parteiverhältnisse der ungarischen Arbeiter nicht mittheilen, das würde aber gefahrlich — wenn auch nur indirekt — durch Aufnahme Ihrer Correspondenz in den „Vorwärts“. — A. B. in J.: Sie werden ohne österreichische Militärpapiere das deutsche Heimathrecht schwerlich erlangen; wenden Sie sich in der Angelegenheit an den dortigen Rechtsanwalt. — G. K. K. in Düsseldorf: Der „Vorwärts“

eignet sich nicht zur Aufnahme zahlreicher Briefe. — E. K.: Die Redaktion erinnert sich des Wertes durchaus nicht. — E. W. K. in B.: Sie muthen uns zu viel zu, wenn Sie den Wunsch äußern, Ihren Lobgesang auf die kirchliche Quasialberei abzudrucken. — G. B. in Vindon: Der Artikel war dem in Hamburg erscheinenden „Pionier“ entnommen; wenden Sie sich mit Ihrer Berichtigung zunächst an denselben.

der Expedition. J. Andres Augsburg: Die 100 Mark sind unterm 30. Januar gebucht. — Siegf. Orbn Goldbacher: Zu Ihrem Zwecke empfehlen wir Ihnen Hebel's Bonerkrrieg und ein kleines Schriftchen „Papstthum und Concil“ zu 30 Pfg., welches Sie auch durch uns beziehen können. — Edert Kall: Die eingesandte Annonce haben wir zur Prüfung an das Centralwahlcomité gesandt.

Quittung. Endes Augsburg Ab. 100,00. Ged. Stötterich Ab. 9,40. Wrin Wisbach Ab. 2,50. Fran. Buchheim Schr. 3,44. Joh. St. Johann Ab. 8,00. Karl Frankfurt Schr. 33,02. Jos. Hoff London Schr. 3,06. Harry hier Ann. 9,20. Cigarettenab. Braunschweig Ann. 1,30. Bahverein Limmer Ann. 1,00. Arbeiterverein Gohlis Schr. und Placate 6,75. Des hier Ab. 1,20. Juchko Gera Ab. 2,00. Thrin Liverpool Ab. 1,70. Anders Frankenthal Ab. 2,00. Ad. Düsseldorf Ab. 12,00. Ad. H. Hannover Ann. 0,90. Edert Deuz Ann. 2,00. Wally Düsseldorf Ab. 10,45. Soci. Cassel Ab. 12,80. H. Brnd Tepitz Ab. 2,22. Duque Biberich Ab. 6,00. F. H. Hocher Placate 0,70. Ret hier Schr. 0,50. Walle Schr. 0,60. Schnt. Sonnenb. Schr. 1,00. Oppmann Baden-Baden Schr. 1,00. Rindin Dortmund Ab. 1,00. Arndt Königsberg Schr. 1,00. Art. Heidelberg Schr. 1,30. Engelmann Hainichen Schr. 0,80. Hbl. Sachsenhausen Schr. 1,20. Bogisl. Bergelastischen Schr. 1,80. Rpl. Zwickau Schr. 1,50. Inf. Vindon Schr. 15,00. Orbn Goldbacher Schr. 0,60. G. P. H. Stodum Schr. 11,10.

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. Sonnabend, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, in der Thiemenschen Brauerei, Tauchaerstr. 12. Tagesordnung: Rechnungsabrechnung. Schlußberatung der Statuten. — Nichtanwesende Mitglieder zahlen 25 Pfg. Strafe. — Aufnahme neuer Mitglieder. R. Ludwig. [70]

Hamburg. Korbmacher-Bund. Sonnabend, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Die Gewerkschafts-Conferenz in Götthe. Der Vorstand. [60]

Hannover. Montag, den 18. Februar: Große Volksversammlung. Tagesordnung: Die Todtengräber des deutschen Reichs. Referent Herr Meister. Näheres durch Plakate. G. Rudolph. [50]

Lager roher Tabake. Brasil 50—150 Pf. Domingo 50—90 - Seedleaf 30—180 - Carmen 80—110 - (3c) [300] Palmyra 140—160 - Java 90—250 - Altona. Ferdinand Gäjens. Rathhausmarkt 36. Altona.

Im Commissions-Verlage von R. G. Höhne in Leipzig, Essenerstraße 1, ist erschienen und durch alle Expeditionen sozialistischer Blätter zu beziehen:

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk von Wilhelm Liebknecht. Preis 30 Pfg. Bei Entnahme von 12 Expl. à Stück 20 Pfg. Von vielen Seiten wurde der Verfasser gebeten, seine zerstreuten Artikel über die orientalische Frage zusammenstellen und, mit den nöthigen Ergänzungen, zu einer Broschüre zu verarbeiten. Diesem Wunsche ist er nachgekommen. Zur Empfehlung des Schriftchens genügt das brennende Interesse des behandelten Gegenstandes. (44) [500]

Soeben ist erschienen: Triumph of Order gemalt von E. Pichio. Vorderdeck: Die Erschießung von Communisten durch die Preussler Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris.

Einzel der größten und denkwürdigsten Kunstwerke der Neuzeit. Dasselbe ist gegenwärtig hier am Alexander-Balace auf kurze Zeit ausgestellt und wird gegen besonderes Eintrittsgeld gezeigt. In Paris war die Ausstellung verboten. — Es ist uns gelungen, Original-Photographien anfertigen zu lassen und empfehle dieselbe den deutschen Parteigenossen zu folgenden Preisen: Großere (60 Ctm. breit, 40 Ctm. hoch) im Dgd. das Stück M. 3,50, einzeln 5,00; kleinere (40 Ctm. breit, 25 Ctm. hoch) im Dgd. das Stück 1,80, einzeln 2,30. Bei Bestellungen über 6 Dupend die größeren à Dgd. M. 35,00, die kleineren à Dgd. 20,00 und werden dieselben gegen Einzahlung des Betrags portofrei überall hingeliefert.

Baldigen Bestellungen entgegenzusehen, zeichnet mit Gruß [7,50] W. H. Hoffmann, London W., 37 A, Prince's Street, Leicester Squ.

Für Deutschland haben wir den Vertrieb übernommen und liefern zu obigen Preisen gegen baar oder Postvorschuß. Die Expedition des „Vorwärts.“ Durch uns ist zu beziehen: Das lebensgroße Brustbild Ferdinand Lassalles. Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Die Expedition des „Vorwärts.“

Durch uns ist zu beziehen: Zukunftsmedizin oder Anleitung sich selbst der beste Arzt zu sein, v. h. Krankheiten zu verhüten. (Vollständig in 10 Heften (bis jetzt erschienen Heft 1—8). Ladenpreis dr. Heft 1 M., durch uns bezogen 75 Pfg. gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Leipzig. Expedition des „Vorwärts.“ H. B. [11]. Verantwortlicher Redakteur: Hermann Felsig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Fächerstraße 12 II in Leipzig. Druck und Verlag der Central-Verlagsbuchhandlung in Leipzig.